

Baujahrdeckrichtung

Organ des Buntalverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluß: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Neues Jahr — neue Hoffnung

Rückschauend erkennt man erst die ganze Größe der Gefahr, von welcher die Arbeiterschaft im vergangenen Jahr und besonders an dessen Anfang bedroht war. Das Jahr 1924 warf den Unternehmern eine Fülle von Macht in den Schoß, Macht gegen die Arbeiterschaft. Und sie haben von dieser Macht den denkbar großzügigsten Gebrauch gemacht.

Demgegenüber mutete die Lage der Arbeiterschaft zu Anfang des Vorjahres schier verzweifelt an. Die ausgehende Inflation hatte sie bettelarm gemacht. Ihre Organisationen waren fast aller äußerer Machtmittel entblößt. Dazu kamen die Nachwirkungen des zusammengebrochenen Widerstandes an der Macht. „Micumwirtschaft“, dies eine Wort besagt alles. Dieje sowie die Marktstabilisierung bescherten uns eine Wirtschaftskrise von in Deutschland nicht gesäumtem Umfange. Wiederum trug die Arbeiterschaft die Hauptlast. Die Erwerbslosenziffern schwollen unheimlich an. Mehr als fünf Millionen betrugen sie auf ihrem Höhepunkte, davon über die Hälfte im besetzten Gebiet. Dieses furchterliche Arbeitslosenelend mußte durchgehalten werden bei einer Unterstützung, die zu nicht viel mehr als zum trockenen Brote reichte.

Die Bauarbeiterchaft kann ohne Übertreibung von sich sagen, daß sie in jener Notzeit am meisten von allen Berufen gelitten hat. Die Bautätigkeit ließ bereits in den Monaten August und September des Jahres 1923 rapide nach. Der im November einsetzende ungewöhnlich lange und harte Winter gab ihr den Rest. Mehr als die Hälfte der Bauarbeiter war monatelang ohne Beschäftigung, zeitweise stieg die Arbeitslosigkeit auf auf 80—90 Prozent der Berufsbürgen. Noch im letzten April und Mai waren die Erwerbslosenziffern des Baugewerbes erheblich. Erst der Nach Sommer und Herbst brachte eine durchgreifende Besserung.

Das waren die Verhältnisse, unter denen das organisierte Unternehmertum zum mit ungeheurer Wucht unternommenen Vorstoß gegen die Arbeiterrechte ausholte. Was wollte die Unternehmerei? Darauf hat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 1. April 1924 eine erfreulich deutliche Antwort gegeben:

1. Freier Arbeitsvertrag an Stelle des Kollektivvertrags.
2. Erreichen des staatlichen Apparats der Sozialpolitik durch sinnentsprechende Einrichtungen im Betriebe unter staatlicher Kontrolle.

3. Abbau aller sonstigen Zwangs-
vorschriften, freie Wirtschaft, unb-
dingte Vertragsfreiheit in jeglicher
Beziehung.

Solchen „bescheidenen“ Wollen standen vor allem die Gewerkschaften hinderlich im Wege. Ein Unternehmer-
syndikus sprach es offen aus: „Die Gewerkschaften
müssen zerstört werden.“ Wie sah sich die
Unternehmer im Besitz der absoluten Macht wähnten,
zeigt die höhnische Bemerkung eines Bergbauunter-
nehmers in einer Verhandlung den Arbeitervertretern
gegenüber: „Meine Herren! Es mag ja für
Sie ungemein sein, aber mit dem Ab-
bau der gewerkschaftlichen Errungen-
schaften müssen Sie sich abfinden.“ In der
Wahl der Mittel zur Durchführung dieses Ziels sind
die Unternehmer wahrschlich nicht wählervoll gewesen. Radikale
Gewaltanwendung durch Diktat war zeitweise ein
beliebtes Mittel, um die Arbeiterschaft „vernünftig“
zu machen. Selbst vor frassen Wort- und Ver-
tragsbrüchen schreckte man nicht zurück. Drehte sich
der Kampf der Unternehmer anfänglich in der Haupt-
sache um die Arbeitszeit, so zeigte sich bald, daß es
dem ganzen neuen Arbeitsschutz galt. Den Tarifvertrag, einst
in der Revolution auch von Unternehmerseite als Rett-
ung vor dem Chaos begrüßt und gepriesen, sah aus-
schweifende Unternehmerhoffnung jetzt bereits im Ster-
ben liegen. Damit einher ging ein erbitterter Kampf
gegen das amtliche Schlichtungswesen. Welche Schläge
und Rüsse sind nicht angewandt worden, um sich amt-
lichen Schiedssprüchen zu entziehen! Später ging man
einen Schritt weiter und forderte offen den Abbau
des Reichsarbeitsministeriums und der Sozialministerien
der Länder.

Bei Würdigung der Machtmittel der Unternehmer darf vor allem ihr Einfluss auf das Pressewesen nicht übersehen werden. Große Telegraphenbüros, die die deutschen Zeitungen täglich mit Nachrichten versorgen, sind in die Hand der Schwerindustrie geraten. Zu der Zifikation kaufte Stinnes eine große Zahl deutscher Zeitungen auf. Andere Industriekonzerne sind ihm auf diesem Wege gefolgt. Die Kapitalnot nach der Marktabstabilisierung durfte die Zahl der dem Großkapital hörig gewordenen Zeitungen noch erheblich vermehrt haben. Zeitungssamml — das heißt daß man

Öffentlicher Meinung. Die Wirkungen einer solchen Verfälschung der öffentlichen Meinung hat die Arbeiterschaft in dem Abwehrkampf der letzten Monate gegen die Offensive der sozialen Reaktion recht schmerzlich verspüren müssen. Zu dem Meinungskauf ist bei der letzten Reichstagswahl der Stauß von Wöhler-Itt immen durch die Unternehmer getreten. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wies in einem vertraulichen Rundschreiben ihre Mitglieder an, als Wahlbeihilfe 2—4 Mark je Kopf der beschäftigten Arbeiterzahl an jene Parteien abzuführen, die den Unternehmertümchen bei der Kandidatenaufstellung entgegenkamen.

Das Verhalten der Arbeitgeber unserer Gewerbe unterscheidet sich äußerlich leider recht wenig von dem der reaktionären Schwerindustriellen. Im Winter des vorigen Jahres setzten sie vielfach willkürlich die Löhne herab, wobei es an Vertragsverletzungen nicht fehlte. Es folgten die bekannten maßlosen Verschlechterungsanträge zum Reichstarifvertrag. Die Arbeitszeit der Bauarbeiter sollte im Sommer auf zehn und noch mehr Stunden verlängert, die Ferien beseitigt, die Lohnklasseneinteilung ungeheuerlich verschlechtert, die Lehrlingsregelung aus dem Vertrage ausgemerzt werden. Mit äußerster Kraft wiesen sich die Bauarbeiterverbände diesen wahnwitzigen Forderungen entgegen. Ein neuer Reichstarifvertrag kam nicht zustande. Nun versuchten es die Unternehmer mit Gewaltanwendung. Monate lang trieb eine große Aussperrung die andere. Nebenbei wurde die Regierung bearbeitet, auf dem Gesetzgebungswege die Arbeitszeitwünsche der Unternehmer zu erfüllen. Vor nicht zu langer Zeit sahen wir den Arbeitgeberbund bei dem Versuch, alle bezirklichen Vereinbarungen an einem einheitlichen Termin, dem 31. Dezember 1924, zum Ablauf zu bringen. Den Bauarbeiterverbänden blieb unter diesen Verhältnissen keine Zeit zur Erholung. Unmittelbar nach der fürchterlichen Erschütterung durch Inflation und monatelange Massenarbeitslosigkeit wurden sie in schwere Kämpfe gedrängt. Die Ansichten des Unternehmertums wurden klar. Sehr oder nie schien der Augenblick gekommen, den unbedeutende Bauarbeiterverbänden das schmerzstillende Halsband umzulegen. Sie leben aber noch!

So wird klar, warum sich die Arbeiterschaft im vergangenen Jahr allenthalben in die Defensive gedrängt sah. Das Unternehmertum hatte sich von seinem Revolutionsscheen endgültig erholt. Gestützt auf seine Machtüberlegenheit nahm es den Kampf gegen die verhärteten „Revolutionserungenshästen“ auf. Alle Güte der Zeitverhältnisse war dabei auf seiner Seite.

Hat nun die soziale Reaktion ihre Ziele erreicht? Nein! Alle großen Positionen der Arbeiterschaft sind gehalten worden. Das gilt vor allem von der rechtlichen Stellung der Arbeiterschaft. Wohl übersehen wir nicht die Tatsache, daß der Achtstundentag hier und da stark durchschlägt ist, am meisten in der Hüttendenustrie und im Bergbau. Aber diese Industrien befanden sich nach der Aufgabe des passiven Widerstandes in einer besonders schwierigen Lage, der die Arbeiterschaft dieser Berufe zunächst nahezu machtlos gegenüberstand. Heute regen sich auch dort starke Kräfte, um das Verlorene zurückzuerobern. In den Gewerben mit alter Tariftradition, die also den gewerkschaftlichen Fortschritt in langjähriem, organischem Aufstieg gewonnen und wohl auch ohne Revolution innerwährend zum Achtstundentag gekommen wären, ist der Achtstundentag im großen und ganzen erhalten geblieben. Dazu zählen nächst dem Buchdruckergewerbe vor allem das Holz- und das Baugewerbe. Im Baugewerbe arbeiteten nach den Feststellungen der Gewerkschaften wenig mehr als 10 Prozent der Berufssangehörigen länger als acht Stunden, im Holzgewerbe sind es etwa 17 Prozent. Schimmer steht es um die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft. Zumindest konnte der Reallohn im letzten Jahre bedeutend gehoben werden. Denkt man weiter daran, daß schon vor dem Kriege eine Verbesserung der rechtlichen Stellung der Arbeiterschaft nichts sehr viel schwieriger zu erreichen war als eine materielle Aufbesserung, dann wird man zu der Ansicht neigen, daß das Wertvollere doch die Wahrung des Rechtsbesitzes der Arbeiterschaft ist. Was auf dem Gebiete des Lohnwesens im argen liegt, wird sich mit dem Wiedererstarken der Gewerkschaften und der fortwährenden Festigung der Wirtschaftsverhältnisse wieder leichter in Ordnung bringen lassen.

Diese, im ganzen gesehen, erfreuliche sozialpolitische Bilanz des Jahres 1924 konnte nur erzielt werden, weil die Arbeiterschaft das Fümpfen noch nicht verlernt hat. Ausgehungert und bei färglichsten Unterstüttungen sind Wochenlange Kämpfe durchgehalten worden. Das wird ein ewiges Ehrenblatt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, zumal der Bauarbeiterbewegung, bleiben. Was sagte ein früherer hoher Regierungsbeamter, er sei geradezu erschüttert über die zähe Ausdauer mit der unsers Leute trah-

vorausgegangener durchbohrter Entbehrungen im Kampfe aushielten. Er stünde anders zum Achtfundertag, seitdem er gesehen, mit welcher Leidenschaft, ja Ver-
bissenheit, die Arbeiterschaft den Kampf gerade für diese
Ertungenschaft, also ein ideelles Gut, führe. Es sei
ihm Aufschrei ihres Menschseinwollens. Die Unter-
nehmer aber werden an dem Ausgang dieser Kämpfe
erkannt haben, daß die Gewerkschaften doch mehr sind
als eine bloße Anhäufung von Individuen und Geld-
mitteln. Sie sind vor allem eine geistige Potenz.
Selbst in ihrer größten materiellen Verarmung stellen
sie noch eine Macht dar, mit der die Öffentlichkeit und auch die Unternehmer rechnen müssen. Leider wird
die letztere Weisheit auch auf Arbeitersette noch häufig
verkannt.

Zu gesteigertem Optimismus bietet auch ein Ausblick auf das neue Jahr Anlaß. Müßmut und Verbitterung, die zeitweise wie ein lähmender Alpdruß auf der Arbeiterschaft lagen, weichen langsam, ein gesunder Selbstvertrauen zieht wieder ein. Die Wirtschaft ist gegenüber der Zeit vor Jahresfrist ein gut Stück vorangekommen und dürfte sich weiter festigen — wenn nicht, was Gott verhüten möge, nere außenpolitische Konflikte die friedliche Entwicklung fören. Dem Baugewerbe wird für das Jahr 1925 von allen Seiten eine gute Konjunktur vorausgesagt. Damit bessern sich die Aussichten für den Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit ganz erheblich. Freilich ist ein Reichstatistvertrag für das Baugewerbe noch immer nicht zustande gekommen, womit gesagt ist, daß es auch in diesem Jahre an Kämpfen nicht fehlen wird. Aber gestützt auf die Erfahrungen des letzten Jahres sehen wir ihnen mit größerer Zuversicht entgegen. Die Zeit ist vorbei, wo ungezügelter kapitalistischer Machtwillen glaubte der Arbeiterschaft das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Nur wachsam muß die Arbeiterschaft bleiben. Und die Köpfe und Hände muß sie regen. Bisher hat es der Winter gut mit dem Bauarbeitervolle gemeint. Nützen wir die günstige Zeit auch für den Verband. Ihn in jeder Hinsicht auf die frühere Höhe und Schlagkraft zu bringen, muß der Wille alter sein. Selbst sind wir unseres Glücks Schmied! Nur, wenn sich jedes Mitglied von dieser Erkenntnis leiten läßt, wird das neue Jahr zugleich eine neue Hoffnung für die Bauarbeiter sein. — Hoffnung, daß es besser wird.

Aufwertung der Invalidenrenten

Bon Landgraf Rediger

Bei der Feststellung von Renten aus der Invalidenversicherung werden die Steigerungsjahre der Beiträge, die vor dem 1. 1. 1924 geleistet sind, nicht mehr angerechnet. Aus den Rechten der Versicherten wird nun mit Recht eine Abrechnung, oder nennen wir es eine Auswertung, dieser Beiträge verlangt. Auch die Versicherungsanstalten haben ihre Vermögensbestände fast restlos verloren. Sollte es gelingen, daß diese wieder einen Teil ihres Vermögens zurückverholen — was kaum anzunehmen ist — so müßte auch eine Regelung für die Abrechnung des Steigerungsbetrages gefunden werden. Zusätzlich ist nun doch eine sogenannte Aufwertung bei den Renten aus der Invalidenversicherung erfolgt. Diese befriedigt allgemein nicht, weil man ohne weiteres anzunehmen geneigt ist, es fände bei der alten Berechnung mehr heraus. Legt man die alten Friedensbeiträge, den Grundbetrag, den Reichszuschuß und die Steigerungsbeträge auch nach den Friedensbezügen zugrunde, dann ergibt sich, daß nur ein Teil der Invaliden oder der Versicherten gegen früher verloren hat. Ein anderer Teil hat nicht unerheblich gewonnen. Die Beiträge, sowie auch die Renter der Inflationszeit, bedurften zur Zeit der Zahlung und der Ausszahlung manchmal nur den Bruchteil einer Reichsmark und können möglich aus dieser Berechnung aufzutreten.

Die alten Rentenbeträge bestanden bei der Invalidenrente aus einem Reichszuschuß von 50,— Mark jährlich, einem Grundbetrag und Steigerungsbetrag nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Beitragsmärkte, dazu kam ein Kinderzuschuß für Kinder bis zu 15 Jahren in der Höhe von einem Zehntel der Rente für jedes Kind.

Bei der Witwenrente setzte sich der Betrag zusammen aus dem Reichszuschuß von 50,— Mark und $\frac{3}{10}$ vom Grund- und Steigerungsbetrag der Rente des verstorbenen Mannes. Einen Kinderzuschuß gab es dabei nicht, sondern die Witwenrente bis zum 15. Lebensjahr. Sie bestand aus einem festen Reichszuschuß von 25,— Mark jährlich für jede Tochter, jener für die erste Tochter $\frac{3}{10}$ des Grund- und Steigerungsbetrags.

genannte Polizeiverordnung Einwände erhoben seien dahingehend, daß die Ausstellung von Standgerüsten vielfach unmöglich oder daß dazu erforderliche Grüstmaterial nicht vorhanden sei. Um diese Schwierigkeiten zu vermeiden, sei der Vorschlag gemacht worden, das Inkrafttreten der Verordnung für eine längere Übergangszeit hinauszuschieben und während dieser Zeit folgende Sicherungen für die Bauarbeiter anzuordnen:

"In Stelle des Standgerüsts sind Schutzgerüste, erstmalig in Höhe des Fußbodens des zweiten Stockwerkes, herauszustrecken. Beim Fortschreiten des Baues sind sie in Höhe des Fußbodens des vierten Stockwerkes und des Hauptgeschosses zu niederschlagen. Das in Hauptgeschoss Höhe hergestellte Schutzgerüst kann gleichzeitig als Schutz für die Dacharbeiter dienen. Bei hohen Giebelmauern ist in Höhe von etwa sieben Meter über dem Dachgeschoßboden abermals ein Schutzgerüst erforderlich. Die Auslagehölzer der Schutzgerüste sind mit dem Gebäude sorgfältig zu verankern und gut abzudecken."

Diese Vorschläge stammen sicher aus Arbeitgeberkreisen und sind, um dieses gleich vorweg zu legen, für die Arbeiter unannehmbar. Gerade das Nebendachmauer ist immer und immer wieder die Ursache vieler Bauunfälle gewesen und wird sie auch bleiben, auch dann, wenn die vorstehend wiedergegebenen angeblichen Sicherungen zur Einführung gelangen. Die allergrößte Gefahr des Absturzes wiederholt sich in jeder Etage beim Anstauen der Balkenlage, indem der Mauerer regelmäßig 40 bis 45 Zentimeter, teils noch mehr, unter der Verfüllung arbeiten muß. Daß da die Gefahr des Absturzes außerst groß ist, dürfte auch dem Nichtfachmann einleuchten. Um ihr zu begegnen, muß äußerste Vorsicht angewandt werden. Dieses hat zur Folge, daß längst nicht so intensiv gearbeitet werden kann, als wenn von einem außen angebrachten Standgerüst gearbeitet wird; aus diesem Grunde nimmt auch der von Arbeitgeberseite ausgerechnete Verkürzungsfaktor von 8 Prozent nicht. Auf die äußerst margelfasten "Sicherungen", wie sie in dem bezüglichen Vorschlag vorgesehen sind, wollen wir heute nicht eingehen, da wir nicht annehmen können, daß das Wohlfahtsministerium gewillt ist, dem Antrag der Arbeitgeber zu folgen.

Eins hat uns bei der bisherigen Behandlung dieser Frage bestimmt. Das Ministerium hat einen ganzen Stab von Arbeitgebervertretern und Vertretern der Betriebsgenossenschaften in dieser Frage gehör, mit den Vertretern der Organisationen der Maurer — die die Frage doch in erster Linie angeht — hat man nicht gehört. Als Arbeitnehmervertretung hatte man einzige und allein den A.D.G.B. mit einem Vertreter — weiter nichts! Maurer war — zu Rate gezogen. Auch unser Deutjäger Gewerkschaftsbund wurde übergangen. Es ist als die vertraulichen Vertreter des Bauarbeiterchuzes, zu denen von unserem Verbande der Kollege Schmidt gehört, sich gemeinsam gegen dieses Verfahren wandten und erklärten, daß es unmöglich sei, sich bis zum 15. Dezember an der Frage endgültig zu äußern, ging dem A.D.G.B. unter dem 22. Dezember ein Schreiben zu mit dem Bemerkungen: „Ich werde Ihnen Verband bei weiteren Verhandlungen über die vorliegenden Fragen beitreten.“ Wir sind der Ansicht, daß die Dinge so nicht gehen können. In erster Linie sollte man diesen Organisations, welche vornehmlich an der Sache interessiert sind, zu Rate ziehen. Das ist der Deutsche Baugewerksbund und der Centralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

der Redakteur des „Deutschen Metallarbeiters“ Georg Bieber, der preußische Wohlfahrtsminister Lichsteiner und viele andere füllten unser Theina aus.

Wir saßen im Arbeitszimmer des Richters, von dem ein junger christlicher Gewerkschafter schrieb: „halb Künstlerkleuse, halb Arbeitervohnhube, hetzt er sich eingerichtet. Der Bücherschrank steht da und birgt eine Fülle kostlicher Geschenkhafe. Von den beiden blidchen Reunionshafe Plakaten, ein Spritzweg, Landschaften und Photographien.“ Das tote Dichter Lehmel Bild hängt da mit der eigenhändigen Widmung:

„Bohin Du blickst ist Krieg auf Erden,

Bohin Du blickst, kann Frieden werden!

In unmittelbarer Nähe hängen Heinrich Heine's handschriftliche Verse, gefällig eingerahmt:

„Warum wollt Ihr mich mit Eurem Dost berücken?

Rosen, rote Tropfen Blutes dieser harter Erde!

Wenn ich nicht irre, war es eine herliche Federzeichnung Hermann Rotelhöns, Essen, welche die handschriftliche Widmung trug:

Dem Sänger von rheinischer Arbeit Dank und Gruß!

Krupp v. Bohlen und Halbach.

Bieprecht gehört zu den Wenigen, deren ganze Kraft sich erst im reifen Mannesalter voll entwickelt. Geburt, Bildung, Arbeit, Sorge, vielleicht auch Familienvorhaltsrisse, verhindern ein frühes Reisen. Der dauernde Kampf zwischen Pflichten, Gewissen, Eigentümern und besserer Sehnsucht nach Freiheit und Gelung findet erst in späteren Jahren einheitliche Form. Wie sagt C. F. Meyer in Huttens „lebte Tage“?

„Geduld! Ich kenne meines Volkes Mar!

„Das langsam wächst, das wird gedoppelt stark.

„Geduld! Das langsam reift, das altert spät.

„Wenn andere wellen, werden wir ein Meer!“

So ist es mit Bieprechts Persönlichkeit, so ist es mit Bieprechts Dichtung. Darin befindet sich auch noch die Widmung, die er mir mit auf den Weg gab: „Ich stand im Leben oft vor diesen Steinen und Bergen und wartete auf Fabermauer und Faber — nämlich auf das Mitteil der Werken —, doch als dieses anekdotisch, konnte ich schwimmen und schwitzen.“

Erbert Schröder, Düsseldorf, Oberhausen

Am 10. Januar 1925 ist der zweite Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

Qualitätsarbeit im Baugewerbe

Von Jos. Einig, Gladbeck.

Gut viel hören wir in der Nachkriegszeit von dem ungünstig ausgebildeten Nachwuchs im Baugewerbe. Neben dem Mangel an Facharbeitern wird das Fehlen erfahrener Qualitätsarbeiter für das Gewerbe sehr empfindlich. Es könnte dadurch nur schwer in baulicher und architektonischer Hinsicht den gestellten Forderungen und Ansprüchen gerecht werden.

Welches waren nun die Ursachen dieser für die weitere Entwicklung der Bauteile so hemmenden Erscheinungen? zunächst: der Mangel an Facharbeitern war eine unerfreuliche Tatsache. Woher kam er? Der Weltkrieg riß große Lücken in die Reihen der Bauarbeiter, weil diese auf Grund ihres Berufes meistens bei solchen Truppenstellen verwandt wurden, wo die meisten Verluste eintraten. Dann aber setzte bei den zurückgebliebenen und am Schluss des Krieges heimkehrenden Bauarbeitern eine große Abwanderung nach anderen Berufen ein. Warum aber dieses? Die private Bauwirtschaft lag während des Krieges fast völlig still, weil der Staat die Tätigkeit außer für Rüstungszwecke verboten hatte. Alles Baumaterial wurde der Rüstungsindustrie zugeführt oder ins Feld geschafft. Es war deshalb ganz naturgemäß, daß die Facharbeiter schon allein aus Erhaltungstrieb gezwingt waren, ihre Arbeitskraft anderen Berufen zu leihen, wollten sie und ihre Familien nicht am Hungertuch nagen. In den ersten beiden Jahren nach Kriegsschluß bestand kaum ein Mangel an Facharbeitern, aber im Spätsommer 1920, wo vorübergehend die Tätigkeit von Seiten der Industrie und der Kommunen etwas auflebte, machte er sich bereits bemerkbar. Die in anderen Berufen Arbeitenden ließen sich nicht verleiten, ihre guten Stellen preiszugeben, um dem Baugewerbe zu helfen. Jetzt bestürzte man das Reichsberbeitsministerium, und es wurde das sogenannte „Umschulungsverfahren“ eingeleitet. Mit anderen Worten, es wurde versucht, aus ungelehrten Bauarbeitern in 18 Monaten gelehrt zu machen. Die Gewerkschaften haben damals schon bei Beratung dieser Frage in Berlin offen erklärt, daß dieses Beginnen nicht dem Facharbeitermangel abhelfen könne, und andererseits dem Baugewerbe in qualitativer Hinsicht damit absolut nicht gedient sei. Man betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit der Ausbildung eines ausreichenden jugendlichen Nachwuchses, durch die Einstellung von jungen Lehrlingen. Nur dadurch könne der Facharbeitermangel beseitigt und andererseits die Qualitätsarbeit wieder zu Ehren gebracht werden. Die Erfahrung hat den Gewerkschaften recht gegeben. Heute sind unsere Arbeitgeber mit den Gewerkschaften einig in der Ansicht, daß nur ein gut ausgebildeter Lehrlingstamm dem Baugewerbe wieder auf die Füße helfen kann.

Wie kommt es nun, daß die Lehrlinge, die wir im Baugewerbe heute haben, nicht die Ausbildung und Kenntnisse besitzen (der Verfasser hat wohl nur die rheinisch-westfälischen Verhältnisse im Auge. D. Red.), wenn sie die Lehre beendet haben, wie früher? Einmal hängt es mit dem Mangel an Facharbeitern zusammen. Dann brachte das Umschulungsverfahren es auch mit sich, daß manchmal auf einer Baustelle vier bis fünf Lehrlinge, zwei bis drei Umschüler und nur zwei bis vier Maurer vorhanden waren. Ja, wir konnten im vorhergehenden Jahre die Bahnnehmung machen, daß auf Baustellen sechs bis acht Lehrlinge und nur zwei bis drei Maurer am Arbeiten waren. Nun stelle man sich dieses Bild in der Praxis einmal vor: die paar Gesellen, vielleicht auch Kriegs- oder Nachkriegermauerer, sollen der großen Anzahl Lehrlinge und Umschüler die Geheimnisse des Bauhandwerks beibringen, wo sie in vielen Fällen selber noch der Anweisung und Lehre bedürfen. Auch können sie nicht, wenn sie wirklich fertige Maurer sind, von einer Maurer zur anderen springen und die Jungen anweisen, denn von ihnen wird am Tagesende ein Quantum fertige Arbeit verlangt. Der Polier kann auch unmöglich bei solchen Verhältnissen jeden einzelnen Lehrling oder Umschüler bearbeiten oder anlernen, weil ihm die Zeit dazu fehlt. Bei meinen Rundgängen auf den Baustellen habe ich öfter die Klagen der Poliere und auch der Meister hören müssen über den niedrigen Stand des Könmens unserer jungen Facharbeiter. Nun denke man sich das oben skizzierte Bild. Die Jungen sind infolge der ungenügenden Beaufsichtigung sich selbst überlassen und bilden sich je nach Lassungsvormögen oder Interesse mit der Zeit auf ihre Art. Das Bewußtsein, daß sie etwas Tüchtiges erlernen sollen, kommt ihnen nie recht in den Sinn. Zeit steht, daß von den ganzen Lehrlingen im Industriegebiet, die in der Nachkriegszeit das Bauhandwerk erlernten, sich noch keine 20 Prozent befinden, die in der Lage sind, erklassige Qualitätsarbeit, Kirchenbauten usw. auszuführen.

Was muß nun geschehen, um diesem Uebelstande energetisch zu Leibe zu gehen? zunächst muß von den Arbeitgebern gefordert werden, daß sie nicht mehr Lehrlinge beschäftigen, als sie auch tatsächlich gut und gewissenhaft ausbilden können. Die gesetzlichen Bestimmungen besagen, daß immer ein richtiges Verhältnis zwischen Gesellen und Lehrlingen sein muß. Auf zwei bis drei Gesellen ein Lehrling läßt wohl das richtige Maß sein. Das ältere machte ich schon manchen Arbeitgeber darauf aufmerksam, aber es wurde mir fast immer geantwortet, wie können uns nicht so genau daran halten, weil wir das für unseren Betrieb nicht ertragen können. Die vielen Stenoten und Unzulassen lassen es nicht zu; dann andererseits die soziale Konkurrenz, unter der wir leiden, heißt auch

einen Schatten auf das Gewerbe. Ich will das also gen zugeben, aber das ist keine Entschuldigung für eine ungenügende Ausbildung der Lehrlinge. Wo kommen wir dann hin, wenn wir im Baugewerbe so noch ein paar Jahre weiter arbeiten. Dann werden die Qualitätsarbeiter langsam aus. Ich weiß wohl, daß man von Arbeitgeberseite mir sagen wird, wenn erst die Privatbautätigkeit wieder in vollem Umfang einsetzt, dann werden wir diesen Uebelstand schnell wieder beheben. In dem guten Willen manchen Meisters zweifele ich nicht, aber die Verhältnisse werden stärker sein. Gerniß gebe ich zu, daß durch die vielen Koloniadauten (Doppelbauten!) der letzten Jahre die Qualitätsarbeit sehr gelitten hat. Jüngere Jungen haben in den letzten Jahren ja nichts anderes gern mögen. Dann stellt man ja keine Lehrmeister zur Anlernung neuer die Jungen, die selber das Prädikat „gut“ sich noch erst erwerben müssen. Auch verlange man von den Lehrlingen in der Ausbildungszeit nicht gleich ein bestimmtes Quantum fertige Arbeit, sondern man legt den größeren Wert auf gründliche Erfassung des Handwerks und peinlich saubere Ausführung der übertragenen Facharbeit. Das schnelle Arbeiten kommt von selber mit der Zeit. Damit will ich selbstverständlich nicht sagen, daß ein Lehrling nicht angehalten werden soll, flink und schnell von der Hand sich ins Handwerk hineinzuarbeiten. Die Gesellen und Meister müssen immer mit der nötigen Umsicht, aber auch Festigkeit, die nicht in Mißhandlung ausarten darf, dem Lehrling zur Seite stehen. Dann wird auch bestimmt etwas aus ihm werden. Gedenkingserzeug darf nicht mit einer Drohung oder in herrlichem Ton gegeben werden, sondern stets hat man sich bewußt zu sein, daß man einen Verantworten vor sich hat, der später dem Handwerk Ehre und Freude bereiten soll. Außerdem ist es meiner Ansicht nach erforderlich, daß jedes Jahr die Prüfungskommission sich über den Stand der Ausbildung erkundigt; ich glaube, das würde auch viel zur Anerkennung und zum Ansporn der Jungen beitragen. Hand in Hand mit der praktischen Ausbildung muß die theoretische Schulung gehen. Auf diesem Gebiete ist in den einzelnen Städten durch die Errichtung von Fortbildungsschulen bislang ziemlich gut gearbeitet worden. Meines Erachtens ist es auch Aufgabe der Prüfungskommission, in den Unterrichtsstunden ab und zu einmal eine Stichprobe zu machen, um festzustellen, wie auch auf theoretischem Gebiete der Lehrlinge sich weiter bilden. Zu der Bezahlung der Lehrlinge will ich nur auf die bekannten Forderungen der Gewerkschaften verweisen. Wir glauben damit dem Handwerk, den Jungen und deren Eltern zu dienen.

Allgemeine Rundschau

Die Politik der Unternehmer krasse und gefährlich

In dem Neujahrsartikel des „Deutschen“ nimmt Rolf Stegerwald in bemerkenswerter Weise zu der gegenwärtigen Politik der Unternehmer Stellung. „Es ist kein Zweifel“, schreibt er, „daß die antisozialen Kreislaufungen in den vergangenen Jahren mit einer Heftigkeit und Aggressivität aufgetreten sind, die die größten Gefahren in sich schließen. Man kann der Wehrheit des deutschen Unternehmers den Vorwurf nicht ersparen, daß es über den engen Geschäftskreis seiner allernächsten eigenen Interessen noch immer nicht hinausgeht und einen Sinn für die wirtschaftlichen Beziehungen zusammenhängende und ihre Bedeutung für Wohl und Wehr des Volkes und seiner Stellung zu Nation und Kultur nicht begreift. Das Unternehmertum der Gegenwart ist nicht nur auf „Hier und Heute“ eingestellt, um die engsten eigenen Interessen und in erdrückender Mehrzahl des neuen Glaubens, man wolle auf die Dauer wirtschaftliche Erfolge erringen unter Vernachlässigung menschlicher Bedürfnisse und Rechte. Es verlangt im Ernst niemand von den Führern der Wirtschaft, daß sie ihre eigenen Interessen hinterstellt; im Gegenteil: sie sollen an sich und ihren Angestellten denken. Aber was bedarfst du nun, das ist der Standpunkt, daß jeder angebläßliche Riesen mitzunehmen sei, ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Zukunft, auf die Zusammenhänge des Volksganzen und auf den jeweiligen Stand der Arbeiterschaft. Es ist fürwahr bitterlich, einmal dem Unternehmertum, den Führern der Wirtschaft zuzutun: Es ist die höchste Zeit, daß ein Standpunkt „Nach uns die Sintflut!“ zu reden beginnen. Die deutsche Arbeiterschaft redet, wie die Dinge heute liegen, in diesem Jahr, jeden Augenblick millionenfach ins Proletariat herabzusinken. Was das bedeutet, ist gar nicht auszudenken. Proletariat bedeckt längst Bedrohung von Staat und Gesellschaft; es ist ein ewiger Gesahren- und Krisenherd, und auch weite Schichten von „Bildung und Besitz“ sollten einmal darüber nachdenken, wie weit es sich einmal mit Naturgeboten rütteln muß, weil man der Arbeiterschaft die Standverdung und Einordnung ins Volksganze unmöglich macht. dadurch, daß man ihr nicht unbedingt sozial Ertag an der Wirtschaft gibt, als sie absolut benötigt, um als Mensch leben und sich betätigen zu können. Gerade die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung weiß, daß der kleinste Sinn der Gewerkschaft die Standverdung der Arbeiterschaft ist und ihre große öffentliche Mächtige Führer in Köln hat zweierlei gezeigt: ersten, wie scharr, aber auch wie fruchtbar diese Arbeit in den vergangenen 25 Jahren war; zweitens, daß sie allen Gründen entwischen will, das, was sie für die Arbeiterschaft gewonnen, fest und entschieden zu verteidigen. Es geht nicht an, in der Wirtschaft die Lohnquote etwa höher bewerten zu wollen, als den Menschen selbst. Das kleine Tier und Mensch, ja Soziale und Mensch dauernd gleichzusetzen. Zwischen diesen zweierlei praktizierten Denktypen und beate liegt der Krieg und die Revolution: Dinge, die kein Mensch mehr ungeschehen machen kann. Kein, der Arbeiterschaft kann auch teilnehmen an den Gütern der Kultur. Ja der Kultur kommt ein Gott am Leidenden zum Frieden, an der Kultur kommt teilnehmen, heißt daher, zum Gott werden und sich als

Welt führen. Betriebsamt man das der Arbeiterschaft, dann heißt dies erneute Zusammenkommen, die jederzeit Welt, Staat und Gesellschaft bedrohen und eine ruhige Entwicklung unmöglich machen. Gerade das deutliche Materialklientel hat alle Bevölkerung, diese Dinge einmal durchdrungen und auf eine Erneuerung seiner Gewinnung hinzuarbeiten. Eine Arbeitsgemeinschaft der Besitzung tut not, und nur, wenn sie in den kommenden Jahren verwirklicht wird, werden wir ein weiteres revolutionäre Bedrohungen und Erfüllungen verhindern."

Freigewerkschaftliche Weihnachtsbetrachtungen.

So lese wie in der „Aola. Volkszug.“ sind häufig logische Fehlinterpretationen und bieten ein ergänzendes Schauspiel, weil es den Beobachter von außen betrachtet, etwas zu schauen, was er nicht ist, aber tatsächlich ist es ein sozialrevolutionärer Geist, zu dem Mittel der religiösen Verzerrung zu greifen, und er erhält statt und das, was er von der ganzen „Faschist“ hat.

Der „Arbeitsmarkt“, das Organ des Verbundes der Freigewerkschaften Deutschlands (St. 4), überbrückt ein Weihnachtstag mit „Sei selber Heiland!“ Er spricht von der erhabenen Lage, die eins die Sehnsucht gezeichnet habe. Hier weder des einzelnen Opfer noch kindliche Eltern würden der Menschen das soll bringen. „Sei Heiland, sei Heiland, ihr alle, Missionare!“ Zu Beobachtet ist ein Ideal gehörten, der den Rebellenkodex gefordert. Klare Freier hätten die Sache der freien Welt und der Erde ins Kreuz verlegt, da hätten die Freiheit der Welt gehabt und hätten die als Arbeiter verfeindete Freiheit des Rebellen zur Sozialrevolution erhoben. Die neue Zeit würde das Ende eines Jahrhunderts des Weltbetriebs.

Die Gewerkschaften des freigewerkschaftlichen Hochstandes sind nicht vor. Wir erwarten sie deshalb, weil tatsächlich die freien Gewerkschaften nach das Schlagwort der Sozialdemokratie von der „sozialen Neutralität“ zu sich gemacht haben. Die Auslastung des Hochstandes ist nicht ein Zeichen, daß weder die freien Gewerkschaften noch neutral sind, sondern der Tag: Religion ist Privatheit“ im Sinne der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nicht ist.

Arbeitsmangel und Unfallhäufigkeit

Über dieses äußerst wichtigen Zeitemomenten geben die amtlichen Berichte der deutsch-österreichischen Gewerkschaften über ihre Tätigkeit im Jahre 1922 weitreichende Aufschluß. Einmal nimmt der „Sozialen Freiheit“ gegen diese Berichte folgendes:

„Die Gesamtzahl der Unfälle ist, zum Teil verursacht durch die schwere Seehochwelle, im Jahre 1922 um 3000 gegenüber 2500 im Vorjahr, die der tödlich verunfallten auf 170 (gegen 21) zurückgegangen. Von allem anderen Geschehen ist eine Entwicklung, die für die Jahre 1921 und 1922 bei Einschlag der Arbeitsmangel im Seefahrt einer Seite und der Arbeitsmangel während eines Arbeitsmangels auf die Zahl der Unfälle eingewirkt hat. Es zeigt sich dabei, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit der Unfallentwicklung im Seefahrt dieses Todes sicher anzusehen ist. Da der britische und einiger Amerikanische erzielte die Zahl der Unfälle ein Maximum ist, so ist jährlich der britische und britische Arbeitsmangel die Ursache des hohen Zahlen bei uns. Dieser Mangel ist durch die beiden Kriegs- und Friedensverträge auf die Gewerkschaften und die damit verbundene endgültige Entfernung der britischen Unfallprojekte geht hervor, daß nun der Mangel, der sich eingeschlossen wird, die britische Flotte noch entsteht, und das somit die Auswirkung auf die daraus folgende Seehochwelle, die Unfallzahlen nicht unangängig beeinflusst. Die wesentliche Ursache liegt — wenn auch weiter Rätsel — keineswegs darin, daß die britische und französische Flotte, aus Gründen (am Sonnabend wird in vielen Schiffen nicht gearbeitet), ihren höchsten Stand hat. Bei den beiden Diagrammen kann daher sicher gesagt werden, daß die Dichte der Unfälle in der Zeit von über vier Jahren konstant bleibt, und daß die Unfallzahlen auch durch keinen Charakter bestimmt, denn die Arbeitsmangelzahlen zu genau festzustellen.“

Er kann das Schwimmbad nicht lassen

Sie liegen in St. 4/1924 eine schwimmbedürftige Beobachtung des Gewerkschaftsbundes „Der Bauarbeiter“ vor, nach der letzten Versammlung des Bauarbeiterbundes ein Vertreter seines Verbundes erschien und gesagt hat, daß „Geringe Beihilfe mit ist, das weiter aussichtlich noch möglich ist, ein Vertreter seines Organisations am jener Tagung teilgenommen hat. Der „Bauarbeiter“ habe die Bekämpfung des Schwimmbadbesuches jedoch bemüht. Tatsächlich sagt der „Bauarbeiter“ (St. 20/1924) zu jährlingen:

„Wir haben leider nicht erkannt, daß es auf dem Grundstück des Gewerkschaftsbundes ein schwimmbedürftiges Innenschwimmbad gibt. Wir haben uns über eine heimliche Entwicklung erfreut nicht geäußert. Es ist noch vorstellbar war nicht und fälschlich, wenn durch eine heimliche Seite auch noch einzige für die Existenz des schwimmbedürftigen Schwimmbad bestimmt wurde. Aber nichts zu tun. Durch den „Bauarbeiter“ ist offizielle Tatsache eines Schwimmbads auf dem Grundstück des Gewerkschaftsbundes bekannt geblieben die schwimmbedürftige „Bauarbeiter“ auch die unoffizielle Teilnahme eines schwimmbedürftigen. Der Mann war also nur ganz ausfällig zu fordern. Es ist nun möglich zum Sagen. Keiner weiß noch davon etwas wissen. Tatsächlich auf der Seite ist gewiss gewesen sind, das „Bauarbeiter“, schwimmbedürftig und für schwimmbedürftigen Wassersport nicht und — kann es aus den Unternehmungen gewünscht nicht — schwimmbedürftig und zur Zukunft.

stelle begleiten und gegen die Streikosten beschützen wird.“

Besser, als es hier geschieht, kann wohl die kommunistische Moral nicht bekräftigt werden. Wir fordern den „Bauarbeiter“ auf, den Namen des angeblichen Vertreters unseres Verbundes auf der Hamburger Tagung zu nennen. Dann er das nicht, muß er sich den Vorwurf gestehen lassen, daß er in schwägerlicher Weise gelogen hat.

Sie blödmäßig übrigens die Behauptung des „Bauarbeiter“ nach der sozialen Seite ist, geht daraus hervor, daß gewerkschaftliche Generalversammlungen, wenn nicht ausdrücklich als „geschlossene Tagung“ bezeichnet, öffentlich stattfinden. Jeder Mann kann hingehen und, wenn nicht besondere Gründe gegen ihn vorliegen und er sich anständig benimmt, von der Leitung nicht kündigieren werden. Tatsächlich war auf unserer Verbandsgeneralversammlung stets die Presse des Tagungsortes vertreten, und auch sonstige Besucher sind nicht zurückgewiesen worden. Werk, was wir im Augenblick nicht verstehen können, die Hamburger Tagung des Baugewerksbundes öffentlich war — was hätte die Versammlungslistung dagegen tun können, wenn ein Vertreter unseres Verbundes als Besucher erscheinen wäre? Sie hätte sich mit einer Hinweisung zur Lüftlichkeit machen können. Aber nochmals: Tatsächlich war kein Vertreter unseres Verbundes auf der genannten Tagung anwesend.

Die Weltunterierung

Die Handelsredaktion des „Berl. Tagebl.“ hat versucht, für die Länder, die entweder Radikal-Deutschlands sind, oder mit uns einen im Handel bemerkenswerten Handel pflegen, die Großhandelsziffern zusammenzustellen, um domit Vergleichsmaterial für die Preisbewegung in Deutschland und in diesen anderen Ländern zu gewinnen. Danach haben die Großhandelspreise seit Januar 1924 — wenn man ihren Stand in der Vorkriegszeit mit 100 annimmt — sich in folgender Weise entwickelt:

Jahr	Jan	Feb	Mar	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dec
Januar	100,0	151	160	172	173	175	144,9	143,9	143,9	143,9	143,9	143,9
Februar	123	132	132	122	122	125	125	125	125	125	125	125
März	142	150	150	150	152	152	150	150	150	150	150	150
April	157	158	158	158	158	158	151,4	151,4	151,4	151,4	151,4	151,4
Mai	157	157	159	159	159	159	145,0	145,0	145,0	145,0	145,0	145,0
Juni	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5	141,5
Juli	157,9	157	157	157	157	157	149,9	149,9	149,9	149,9	149,9	149,9
August	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153
September	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153	153
Oktober	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154
November	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154
Dezember	154	—	154	154	154	154	154	154	154	154	154	154

Aus diesen Zahlenreihen wird ersichtlich, daß die gegenwärtig in Deutschland bedeckte Weltunterierungswelle mit der Zifferdruck einer gleichzeitigen allgemeinen Bewegung in der Weltwirtschaft ist. Die hohe Preislage, die im Großhandel je Tag zu dem Jahresherricht, in bis zur Mitte des Jahres in allen Ländern allmählich gewonnen, wie dazu von da an einer zeitigen, von Kroat zu Monat wachsenden Steigerung bis zu machen. Man findet, daß der unter der Kürzel „Weltunterierung“ festgestellte Länderdurchschnitt sich ungefähr mit der Preisbewegungstrade in jedem der einzelnen Länder deckt.

Zus: „Der Handelskrieg.“

Tarifbewegung

Holzergewerbe

Der Reichstarifvertrag für das Holzergewerbe ist mit Wirkung vom 15. August 1921 in allgemein verbindlich erklärt. Ausgenommen von der allgemeinen Verbindlichkeit sind wiederum von der allgemeinen Verbindlichkeit und Reparaturen der Industrie, welche sie durch eigene Arbeiter ausgeführt werden. Recht ist der § 10, welcher die Schließung von Streitigkeiten schiedet, angenommen. Die Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung hat folgenden Wortlaut:

Geschichtsdienst:

a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Bund des Holzergewerbes in Deutschland e. S.

b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Holzgewerbe-Verband; Deutscher Bund deutscher Bauarbeiter Deutschlands.

2. Abgeschlossen am 15. August 1921 (Reichstarifvertrag).

3. Allgemeine Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit; Gewerkschafts-Arbeiter in der Wärme- und Kühltechnik (Holzergewerbe).

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge von Arbeitern in Betrieben der staatlichen Verwaltungen und in betrieblichen Betrieben, mit Ausnahme derjenigen Arbeiters, die bei Diensttagen und größeren Erwerbsferienzeiten beschäftigt werden.

4. Allgemeine Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Reichs des Deutschen Reichs.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 10 des Tarifvertrags.

6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. August 1921.

Mit dem angegebenen Zeitpunkt tritt die allgemeine

Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 1. Juli 1922 außer Kraft.

In Vertretung:

gez. Meier.

Bau-Rundschau

Der Innungsgopf

Die „Baugewerkszeitung“, das Organ des Innungsbundes deutscher Baugewerksmeister, erklärt den Facharbeitermangel im Baugewerbe auf folgende Art:

„Seit 1914 bis ungefähr jetzt fiel es keinem Jungen ein, irgendein Handwerk in längerer Lehrzeit zu erlernen. Die Schuleklassen gingen und gehen heute noch lieber in Fabriken und vergleichen, wo sie als jugendliche Arbeiter einen hohen Arbeitlohn erhalten, der ihnen das Erlernen eines Handwerks als unnötig erscheinen läßt. Die seit dem berühmten November 1918 eingeführte Gleismacherei, die den Jungen höchste Löhne für sehr wenig Leistung garantierte, ist der Hauptgrund, daß in allen Jüngern Mengen an gelernten Facharbeitern eintreten wird, wenn die einzelnen Betriebs-Sparten erst einmal eine reichlichere Beschäftigung zeigen. Hinzu kommt noch das eingeführte Schließungswesen, das den Lehrlingen einen Tarif anhängt will, obwohl die Lehrlinge selbst solchen gar nicht wünschen. Natürlich wird dieser Tarif nur von gewerkschaftlich eingestellten, berufsmäßigen Auszubildern gewünscht — und an Regierungsstellen denkt man heutzutage ja leider nur im Sinne gewerkschaftlicher Führer. Will die Regierung über diese Materie etwas hören, so frage sie bei den so viel geprüften und geschwipigsten Handwerksmeistern an, denen zugemutet wird, Lehrlinge auf ihre Kosten auszubilden zu lassen. Für die Handwerksmeister liegt heute wirklich kein Grund vor, mindestens aber keine Ermunterung, Lehrlinge zu halten, obwohl das Wohl des Handwerks solche unabdingt benötigt. Der Nachwuchs fehlt, weil der Anteil für Erlernung eines Handwerks durch die sozialistische Wohn- und Arbeitspolitik fehlt.“

So spiegelt sich in diesen Köpfen die Welt! Es ist müßigster Innungssinn, der aus der Verleibung spricht. Tag gegen Tag kann hier allein Tatsachen angedeutet werden. — Festgenagelt sei die verdeckte Drohung am Schluss, gar keine Lehrlinge auszubilden, wenn die reaktionären Bündnisse der Innungsmaster nicht erfüllt werden. Hier tritt der Unsinn schon fast ins Kindliche aus.

Von den Arbeitsstellen

Häufung schwerer Baumfällen

Die letzten Wochen haben in rascher Folge eine Reihe schwerer Baumfällen gebracht. Neben dem Braunschweiger und Pöhlner Fall mit zusammen vier Toten und einer Anzahl Schwerverletzter berichteten wir schon. Weiter seien folgende schweren Baumfälle verzeichnet:

In Kiel in Südniedersachsen bei Hamburg ließ der Bau- und Sparverein einen Neubau errichten. Ein paar Stunden vor der Richtericht — es befanden sich noch 18 Handwerker auf dem Neubau — stürzte ein Flügel des großen Gebäudes mit donnerhaulichem Getöse in sich zusammen. Acht Personen wurden unter den Trümmern begraben. Ein Mann starb und ein Kind stirbt. Vier weitere Arbeiter wurden in schwerverletztem Zustand aus den Trümmern gezogen.

Ein Arbeiter getötet, vier schwer und fünf leicht verletzt wurden bei einem Baumsturz in Königs Wusterhausen (Mark Brandenburg). Beim Bau des Mittelpalastes für die neue Armentenanlage bei der Hauptkunststelle Königs Wusterhausen stürzte ein bei der Montage benötigtes sogenanntes Fahrzeug, auf dem sich zehn Personen befanden, aus noch unklarer Ursache aus 20 Meter Höhe herab. Von den zehn Arbeitern wurden eins schwer verletzt, einer stark nach kurzer Zeit infolge Brüderzerreiung; die anderen vier schwerverletzt.

Ein weiteres schweres Baumsturz ereignete sich in Tempelhof bei Berlin. Hier wird der ehemalige Biertriebshafen der Straßenzähne umgebaut. Mehrere Bauarbeiter waren auf einem Hängegerüst mit Deckenarbeiten beschäftigt, als sich plötzlich das Gerüst löste und vier, nach anderen meldungen acht Arbeiter aus einer Höhe von etwa 15 Metern mit dem Gerüst in die Tiefe stürzten. Ein Arbeiter starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus, drei weitere schwere Verletzte sind schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Für die betroffenen Familien sind das schlimmste befürchtet gewesen. Männer und Kinder wieder mehr zu gräßiger Vorsicht bei jeglicher Betriebs- und zu peinlicher Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften gewahrt werden.

Sterbetafel

Am 9. Dezember 1924 starb im mittleren Mannsalter von 52 Jahren ein neues Mitglied, der Zimmererpolizist Robert Albert.

Ortsgruppe Rehber.

Am 23. Dezember 1924 starb unter treuem Mitglied Anton Vollmer aus Teufelsrade im Alter von 45 Jahren an Lungentuberkulose. Behandlungsstelle Hannover.

Ehre ihm im Andenken!